

## Einseitigkeit zementiert

Das Problem beginnt schon mit dem Titel des dicken Papiers, das die Verwaltung den Schulpolitikern und den Bezirksvertretungen vorgelegt hat: „Schulentwicklungsplan Förderschulen“ heißt es. Auch wenn die Stadtverwaltung das Angebot für behinderte Kinder an Regelschulen ausbauen will, bleibt der Schwerpunkt der „Entwicklung“ die Sonderschule. Die Stadt zementiert für die nächsten 13 (!) Jahre eine einseitige Förderung, anstatt für eine echte Wahlfreiheit für die Familien mit behinderten Kindern zu sorgen.

Es mag sein, dass auch in Zukunft für viele Kinder eine gut ausgestattete Förderschule der beste Ort zur Ausbildung ist. Solange jedoch Kölns weiterführende Schulen mit Ausnahme der Gesamtschulen fast keinen einzigen Behinderten unterrichten, kann keiner ernsthaft von Wahlfreiheit spre-



Helmut Frangenberg  
zu Plänen für  
die Förderschulen

chen. Es gibt Stadtbezirke, wo keine einzige Grundschule Plätze für Behinderte anbietet. Der „Schulentwicklungsplan“ sagt nicht, ob und wie sich das ändern soll. Er nimmt zwar den politischen Auftrag auf, die wenigen Plätze für den „Gemeinsamen Unterricht“ zu verdoppeln – für wen und wo, bleibt genauso unklar, wie der tatsächliche Bedarf. So wird Körper- und Geistigbehinderten weiterhin das Recht auf Gleichberechtigung verwehrt und Chancen zur Integration vorenthalten. Sie werden genau wie „Schwererziehbare“ aussortiert. Daran ändert der Schulentwicklungsplan wenig.

Die Stadt selbst kann ohne die Hilfe des Landes keine spürbare Wende finanzieren. Die Finanzen zum Betrieb der Schulen sind an Fördertöpfe gebunden, das Geld fließt in Institutionen, nicht in die individuelle Förderung der Behinderten. Statt eines „Schulentwicklungsplans Förderschulen“ müsste ein „Schulentwicklungsplan für behinderte Kinder“ her. Familien und Behindertenverbände stehen noch viele harte Auseinandersetzungen mit Politikern und Lobbyisten bevor. Die Stadt verpasst die Chance, sie mit deutlichen Positionen zu unterstützen.